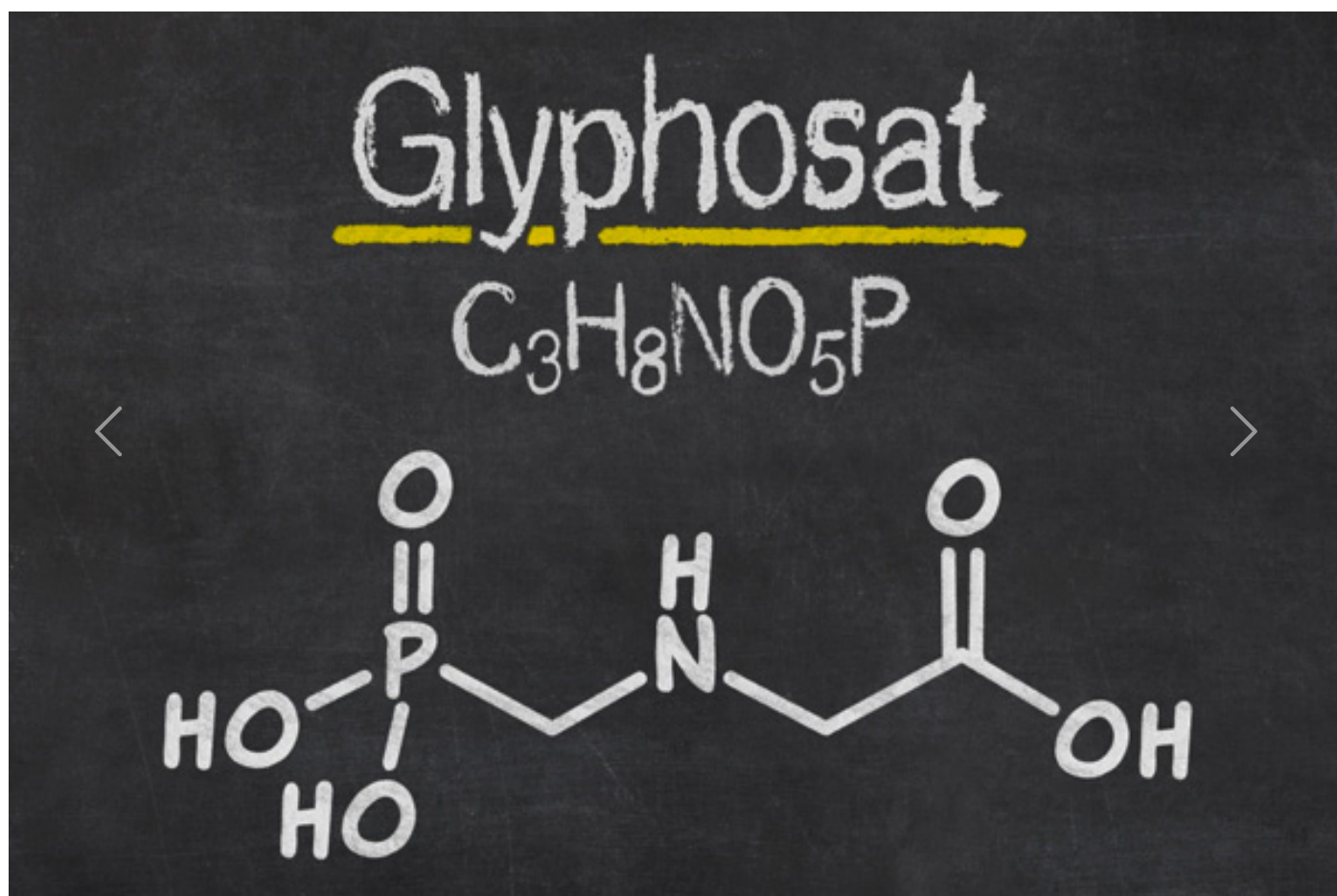


Glyphosat – offiziell für weitere 5 Jahre auf dem europäischen Markt

Автор(и): Нора Иванова, Редактор Растителна Защита /РЗ/

Дата: 29.11.2017 Брой: 11/2017



Die EU-Länder haben die Verlängerung der Zulassung des umstrittenen Herbizids Glyphosat um weitere fünf Jahre genehmigt, wie die Europäische Kommission am Montag bekannt gab. Achtzehn Mitgliedstaaten stimmten für den Kommissionsvorschlag einer fünfjährigen Verlängerung der Zulassung. Mit großer Mehrheit – 18 EU-Länder stimmten positiv, darunter Deutschland, Polen, Bulgarien und Rumänien, die sich zuvor enthalten hatten, während neun Mitgliedstaaten dagegen stimmten und nur Portugal sich enthielt.

Der Wirkstoff wird seit mehr als 40 Jahren auf europäischen Feldern eingesetzt, und die derzeitige Zulassung für Glyphosat läuft am 15. Dezember 2017 aus. Das Verfahren für die Neuzulassung läuft seit Monaten, weil die europäischen Teilnehmer der Debatte für oder gegen Glyphosat in ihren Entscheidungen keinen Konsens

erzielen konnten. Die Europäische Kommission beantragte zunächst eine Verlängerung um 10 Jahre, die später auf 7 und schließlich auf 5 Jahre reduziert wurde.

Eine der interessanten Wendungen bei der abgehaltenen Abstimmung war die Position Deutschlands, das sich bei der vorherigen Abstimmung enthalten hatte, bei der jüngsten jedoch für die Zulassung des umstrittenen Herbizids stimmte. Und obwohl die deutsche Umweltministerin Barbara Hendricks erklärte, die Positionsänderung sei nicht mit ihr besprochen worden und die getroffene Entscheidung sei das Werk der Opposition gewesen, hatte dieser Schritt der Deutschen starke Auswirkungen auf das Endergebnis.

Österreich, Frankreich, Italien, Belgien, Griechenland, Kroatien, Zypern, Luxemburg und Malta sprachen sich gegen die Verwendung von Glyphosat in Europa aus. Gleichzeitig forderte das Europäische Parlament in einer rechtlich nicht bindenden EntschlieÙung, den Wirkstoff nur sehr eingeschränkt zuzulassen und ihn nach dem 15. Dezember 2022 in ganz Europa vollständig zu verbieten.

Hersteller von Glyphosat

Die Entscheidung der Kommission betrifft nicht nur die Landwirtschaft und die Verbraucher, sondern auch den deutschen Chemieriesen Bayer, der nach seiner Fusion mit seinem amerikanischen Konkurrenten den Vertrieb und die Zulassungen aller Produkte des Überseeunternehmens übernommen hat. Die Amerikaner entwickelten das Herbizid Glyphosat erstmals 1974 in ihren Laboren. Im Jahr 2000 lief Monsanto's Patent auf das Glyphosat-Molekül aus, was zum Auftreten vieler Konkurrenten auf dem Markt führte, die Analoga der Marke Roundup herstellen. Jährlich werden etwa 850.000 Tonnen Glyphosat auf den Markt gebracht. Daher drohen Unternehmen, die mit der Herstellung von Glyphosat beschäftigt sind, mit Milliardenentschädigungsforderungen, falls die Verwendung des Wirkstoffs verboten wird. Dies gab die Kommission Anfang November bekannt.

Potenzielle oder tatsächliche Risiken für Mensch und Umwelt

Glyphosat ist ein hocheffektives Herbizid und wird weltweit in der Landwirtschaft eingesetzt. Einer der Hauptgründe für die Forderung nach seiner Entfernung als Wirkstoff aus den meisten Pflanzenschutzmitteln ist jedoch das Risiko, Krebs in lebenden Organismen zu verursachen und der Umwelt zu schaden. Im Jahr 2015 stufte die Internationale Agentur für Krebsforschung der Weltgesundheitsorganisation Glyphosat als "wahrscheinlich krebserregend für den Menschen" (Gefahrenkategorie "2A") ein. Parallel zur Veröffentlichung dieser Studien kam die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit in ihrem Bericht zu dem Schluss, dass die verfügbaren wissenschaftlichen Beweise der Weltgesundheitsorganisation nicht ausreichen, um Glyphosat als gefährlich für die menschliche Gesundheit und die Umwelt einzustufen. Der Bericht stellt fest, dass

krebserregende Präparate, die Glyphosat enthalten, existieren können; Studien zu Glyphosat selbst zeigen jedoch keine krebserregende Wirkung. Im März 2017 kam der Risikobewertungsausschuss der Europäischen Chemikalienagentur nach Analyse der verfügbaren wissenschaftlichen Informationen zu dem Schluss, dass Glyphosat eine Chemikalie ist, die schwere Augenschäden verursachen kann, und dass Glyphosat auch für Wasserorganismen giftig ist, dass die vorhandenen wissenschaftlichen Beweise jedoch keine Einstufung von Glyphosat als krebserregenden, erbgutverändernden oder fortpflanzungsgefährdenden Stoff zulassen.

Ungeachtet dieser langwierigen und umstrittenen Unsicherheit in dieser Frage gibt es ernsthafte Bedenken seitens des deutschen Umweltbundesamtes, das über die massenhafte Zerstörung wertvoller Kräuter und Pflanzen auf landwirtschaftlichen Nutzflächen nach der Anwendung von Glyphosat berichtet. Dies wiederum schafft Voraussetzungen für das Verschwinden von Insekten und Vögeln, die ihrer natürlichen Nahrungsquellen beraubt werden.

Natürlich stieß die Entscheidung der Kommission auf großen Unmut nicht nur in den Ländern, die gegen die Verlängerung der Herbizidzulassung stimmten, sondern auch bei den zahlreichen Umweltorganisationen in Europa. Am Ende der derzeitigen Frist für die legale Verwendung von Glyphosat auf dem Gebiet Europas werden neue hitzige Diskussionen erwartet.

Mehr zum Thema:

Wer will die Zulassung von Glyphosat verlängern? (Teil 1)

Wer will die Zulassung von Glyphosat verlängern? (Teil 2)

Die Europäische Kommission hat die Zulassung von Glyphosat verlängert

Die Europäische Kommission verschiebt die Entscheidung über die Zukunft von Glyphosat

Die Unkrautresistenz gegen Glyphosat nimmt zu

Krebsrisiko bei der Behandlung mit Glyphosat

